

BUNDESMINISTERIUM

FÜR

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am 1. Juli 1993

DVR: 0000060

GZ. 1055.155/7-I.8/93

12. Novelle zum Postgesetz;
BegutachtungBeilage

An das

Präsidium des Nationalrates

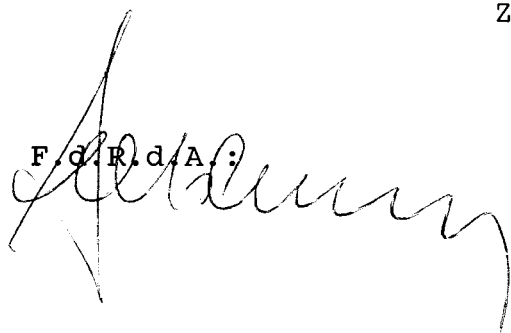
W i e n

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten beehrt sich, dem Präsidium des Nationalrates anverwahrt seine dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zugegangene Stellungnahme zur 12. Postgesetznovelle in 25-facher Ausfertigung zukommen zu lassen.

Für den Bundesminister.

ZEILEISSEN m.p.

F.d.R.d.A.:



L. Klausgruber

Bekannt GESETZENTWURF	
Zl. <u>44</u>	-GE/19 <u>13</u>
Datum: - 6. JULI 1993	
Verteilt <u>16. Juli 1993</u> <i>fes</i>	

BUNDESMINISTERIUM**FÜR****AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**

Wien, am 1. Juli 1993

DVR: 0000060

GZ. 1055.155/7-I.8/93

12. Novelle zum Postgesetz;
BegutachtungZu do.GZ 113790/III-11/93
vom 24. Mai 1993

An das

Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

W i e n

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten beehrt sich, zum vorgelegten Entwurf der 12. Novelle zum Postgesetz wie folgt Stellung zu nehmen:

Im Vorblatt wird in der Problemdefinition auf legistische Anpassungserfordernisse durch Österreichs Teilnahme am EWR-Abkommen hingewiesen, wogegen in den Erläuterungen zu Art. II Ziffer 3 (§ 20 Abs. 3 Z.1) lediglich auf die zu Artikel 30 EWG-V ergangene spezifische EuGH-Judikatur eingegangen wird. In Entsprechung der Problemdefinition des Vorblattes wäre allerdings primär auf Art. 11 EWR-Abkommen als Anpassungserfordernis hinzuweisen. Überdies beruht die Novellierungsverpflichtung auf Artikel 4 (Diskriminierungsverbot) sowie Art. 36 ff (Dienstleistungsfreiheit) des EWR Hauptabkommen, welche in den Erläuterungen zusätzlich anzuführen wären.

In den Erläuterungen zu Art. II Ziffer 4 (§ 20 Abs.4) werden Sonderbestimmungen für bestimmte Druckwerke inländischer Herausgeber dargestellt. Eine Richtigstellung der Konformitätszuordnung wäre insoferne vorzunehmen, als der Entfall der Entgeltlichkeitsvoraussetzung für die Zulassung zum Postzeitungsversand unter den genannten Voraussetzungen keinen Verstoß gegen die Wettbewerbsvorschriften der EG darstellt, während die Zulassungsbeschränkung auf inländische Herausgeber

- 2 -

auf der in § 20 Abs. 3 Ziffer 4 aufgezählten Druckwerke dem Gleichbehandlungsgebot (bzw. Diskriminierungsverbot) nicht entgegensteht.

Hinsichtlich § 20 Abs. 3 Ziffer 4 wäre sicherzustellen, daß durch eine exaktere Determinierung des Verwendungszweckes eine Herausgabe der begünstigten Druckschriften - auch nur zu partiell geschäftlichen Zwecken - ausgeschlossen ist.

Für den Bundesminister:

ZEILEISSEN m.p.

F.d.R.d.A.:

